

Die „Tageszeitung“ erscheint täglich einmal, Sonntag und Montage nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Der Welt“, „Kraus-Welt“ und „Der Jugend-Gesell“. Der Tagespreis beträgt bei reinem Verkauf im Haus für Montag März 20.— Pf., in voraus zahlbar. Für den Abnehmer werden sämtliche vorerwähnten Beilagen entgegen. Unter Streifenband befindet sich Deutschland, Europa, das Meer und Weltkarte sowie die üblichen deutschen Gebiete, Europa und Lateinamerika 50.— Pf., für das übrige Ausland 77.— Pf.

Die gewöhnlichste Konsumpreisliste über den Raum kostet 10.— Pf., einschließlich Interzessen. Klein-Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.50 Pf., jedes weitere Wort 1.75 Pf., einschließlich Interzessen. Große Anzeigen am Tag, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— Pf., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Klein-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 2.— Pf., jedes weitere Wort 1.50 Pf.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue innerpolitische Spannung

Konzentrischer Angriff der Rechtsparteien gegen die Erfüllungspolitik

Wie zu erwarten war, benutzten die rechtsstehenden Parteien die durch die Note der Reparationskommission heraufbeschworene innere Spannung zu einem neuen heftigen Angriff gegen das Kabinett. Statt der völlig unzulänglichen Finanzpolitik, die das Ergebnis des hartnäckigen Widerstandes der kapitalistischen Schichten in Stadt und Land ist, die Hauptschuld an den neuen außenpolitischen Schwierigkeiten zuzuschreiben, versuchen sie nun mit Hilfe eines Sturmzugs gegen die Erfüllungspolitik schlechthin ihren innerpolitischen Erpresserfeldzug fortzusetzen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Kampforgan der agrarischen Lebensmittelwucherer, überschreibt ihren Artikel „Der zweite Revolution entgegen!“ Es heißt in diesem Artikel:

„Dah Deutschland dieser neuen Schandforderung der Feinde endlich das entschlossene Nein entgegensetzt, das längst hätte gesprochen werden müssen, sollte man für selbstverständlich halten. Wir verlangen eine entsprechende Erklärung der Reichsregierung. Die sich allerdings die Frage vorlegen muß, ob sie nach allen Beweisen von Unfähigkeit zur Erkenntnis unserer wirklichen Lage noch beanspruchen kann, weiterhin das deutsche Volk vor dem Auslande zu vertreten; die aber auf der anderen Seite die Pflicht hätte, die Suppe auszulöffeln, die sie durch die schlechteste Politik, die jemals von einem bestiegen Volke getrieben wurde, für Deutschland eingebracht hat.“

Zum Schluß droht das Agrarierblatt mit einer zweiten Revolution, die infolge der Geldentwertung und der Nahrungsnöte ausbrechen müsse:

„Schon auf der Grundlage der bisherigen Ausschöpfung unserer Wirtschaft wird eine solche zweite Revolution nur sehr schwer zu verhindern sein. Gingen wir noch weiter auf dem Unheilswege der Erfüllungspolitik, dann würde sie unabweisbar. Und gegen sie würde die Novemberrevolution ein harmloser Wubenschlag sein.“

Wesentlich ruhiger beurteilt die konservative „Kraus-Zeitung“ die Situation. Aber auch sie verlangt von der Regierung die Einstellung der Erfüllungspolitik und einen neuen inneren Kurs.

Mit der Krisenfrage taucht gleichzeitig die zweite Aufgabe des Kabinetts vor, falls es den Mut aufbringen sollte, endlich seine Erfüllungspolitik aufzugeben, die Kraft und das Ansehen geniehen, einen neuen Kurs einzuschlagen? Es ist zur Zeit vielleicht nicht zweckmäßig, diese Frage in allen ihren Konsequenzen oder Kombinationen durchzudenken. Eins aber wird jedenfalls notwendig sein, nämlich in den nächsten Tagen der unvermeidlichen Krise, die Kerven fest in der Hand zu behalten und sich keinesfalls durch Umdeutungen und Unklarheiten aus dem Erfüllungslager oder durch die Drehungen, an denen es von französischer Seite nicht fehlen dürfte, irgendwie in seinen Entschlüssen wankend machen zu lassen.“

Worin diese „Entschlüsse“ bestehen müssen, sagt das konservative Blatt wohlweislich nicht, wie es überhaupt das Kennzeichen der rechtsstehenden Presseäußerungen ist, daß sie zwar das Chaos wollen, aber mit keinem Worte andeuten, mit welchen Mitteln es überwunden werden soll. Diese verbrecherische Demagogie der deutschen Sozialdemokratischen Partei findet die volle Unterstützung der deutschen Volkspartei, deren Organe mit der größten Schärfe gegen die Regierungspolitik vorgehen. Die „Zeit“ erklärt, daß jetzt ein einfaches Nein nicht mehr genüge, da die Reparationskommission ihre Befugnisse überschritten habe:

„Die deutsche Antwort kann nichts anderes darstellen, als eine Rechtsüberzeugung in aller Form gegen eine solche Entzweiung, und sie muß die Verweigerung dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie es ablehnt, sich auf eine Erörterung der materiellen Forderungen und Bedingungen der Note überhaupt einzulassen.“

Die „Tägliche Rundschau“ haut in dieselbe Kerbe. Sie verlangt die Preisgabe der „Kathenauischen Methoden“ und kennzeichnet die Haltung ihrer Partei mit folgenden Worten:

„Die Deutsche Volkspartei stellt sich gegenwärtig die erste Frage, ob es noch Zweck hätte, beim Steuerkompromiß mitzumachen. Wenn Herr Wirth wirklich die Volkspartei, die zur Verhinderung Deutschlands führt, fortsetzen wolle, so müsse er sich dafür wohl eine andere gesetzgeberische Mehrheit suchen. Auch von demokratischer Seite läßt man die Auffassung, daß die Durchführung der Ententebedingungen zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft führen müsse.“

Diese Verbrüderung des volksparteilichen Organs mit den Demokraten erscheint begreiflich, wenn man die Haltung des „Berliner Tageblatt“ in Betracht zieht. Erich Dombrowski sagt darin seinen Standpunkt in folgenden Sätzen zusammen:

„Der deutschen Regierung und dem Reichstage wird unter diesen Umständen gar nichts anderes übrig bleiben, als den Alliierten zu erklären, daß wir ihnen auf diesem Wege nicht zu folgen vermögen, da er unumgekehrt in den Abgrund führen und auch die Weltwirtschaft von neuem furchtlich in Unordnung bringen muß. Die verfahrenen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands haben eine so überzeugende Sprache, daß wir mit offenen Karten spielen können. Der völlige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands würde auch politisch-soziale Bewegungen zur Folge haben, die keine staats-erhaltende Partei auf sich nehmen kann.“

Diese schroff ablehnende Haltung findet indessen selbst im demokratischen Lager Widerspruch. In der „Berliner Volkszeitung“ wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die jetzige Note wohl nicht das letzte Wort in der Reparationsangelegenheit darstelle; es bestehe kein Zweifel, daß die durch die politischen Entscheidungen verewaltigten wirtschaftlichen Interessen der Welt sich durchsetzen würden.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich ganz von selbst die Linie für die weitere Politik der Reichsregierung. Sie kann nur in einer Fortsetzung der bisherigen Erfüllungspolitik bestehen. Wie in diesen letzten zehn Monaten seit London, so muß auch nach Paris versucht werden, das Verlangen der Entente zu befriedigen. Im Verlauf dieses Erfüllungsvorganges wird sich ganz von selbst herausstellen, daß die wirtschaftliche Quadratur dieses politischen Dilemmas eine Unmöglichkeit ist und wie bisher, so werden auch hier wieder die Ententemächter unter einem derartigen Reparationsunlust zu leiden haben, so daß sich daraus zwangsläufig eine immer günstigere Revisionsatmosphäre ergeben muß. Einsteilen ist sie noch nicht so günstig, daß ein Nein gewagt werden könnte.“

In ähnlichem Sinne äußert sich Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“. Er stellt zunächst den Fortschritt fest, der in der Ermäßigung der in diesem Jahr zu zahlenden Reparationssumme von 3½ Milliarden auf 2,17 Milliarden Goldmark enthalten ist und wendet sich dann sehr scharf gegen jene Hoffnungslosigkeit, die auch in Regierungskreisen verbreitet war, daß die Zwangsanleihe von der Entente als eine genügende Deckung der Reparationsverpflichtungen angesehen würde.

„Ein Teil der Kritiker des Steuerkompromisses hat des von Anfang an bezweifelt. Diese Kritik mußte naturgemäß sehr zurückhaltend sein, weil der Vorwurf vermieden werden sollte, daß man der eigenen Regierung unnötig Schwierigkeiten bereite, indem man wunde Punkte der inneren Finanzverwaltung aufdeckte. Aber es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß man die Instinkte und die kritischen Fähigkeiten des Vertragsgenegers niemals unterschätzen darf.“

Diese vollkommen richtige Verknüpfung der jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten mit den Unzulänglichkeiten des Steuerkompromisses finden wir leider im „Vorwärts“ nicht. Er klammert sich vielmehr noch jetzt mit Händen und Füßen an das Steuerkompromiß, diese Frucht politischer Rückwärtslosigkeit und Entschlußunfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei. Vollkommen hilflos steht der „Vorwärts“ der neuen Situation gegenüber und findet nur noch — wie immer — den einen Trost, daß die USP „sich der positiven Arbeit versagte“, was, gelinde gesagt, eine Unwahrheit ist.

„Das Steuerkompromiß ist mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Vor die Wahl gestellt, entweder die Erfüllungspolitik scheitern zu lassen oder sich — da die USP sich der positiven Arbeit versagte — mit der Volkspartei zu gemeinsamen Vorkäufen zusammenzufinden, hat die Sozialdemokratie den zweiten Weg gewählt. Selbst wenn sie wollte, wäre sie nicht imstande, die Mehrheit des Steuerkompromisses auf diesem Wege noch einmal weiterzutreiben. Bei jedem Schritt weiter muß diese Steuermehrheit zerbrechen. Die Bewilligung neuer Steuern könnte also nur durch eine neue Mehrheit erfolgen, und kein Mensch sieht, wo sich eine solche finden könnte.“

Wesentlich ruhiger beurteilt das zweite Regierungsorgan, die „Germania“, die Situation. Die Parole heiße wie so oft schon „ruhig wägen, sachlich prüfen!“ Eine solche Prüfung zeige zunächst eine unverkennbare positive Seite der Entscheidung: ein Moratorium sei unwillig worden, und gegenüber dem Londoner Ultimatum sei eine Ermäßigung von zirka 27 Prozent eingetreten. An diese positiven Entscheidungen sei allerdings ein Berg von Bedingungen geknüpft.

„Hier wird die Entscheidung unserer verantwortlichen Staatsmänner die allerhärteste Ruh zu knochen finden. Nicht alles darin ist neu, von vielen haben wir oft genug schon gehört, aber alles ist von größtem Gewicht. Hier gilt es nicht, ob wir wollen, oder ob wir nicht wollen, hier muß die Frage schon dahin formuliert werden, was an diesen Bedingungen auszuführen möglich ist und was unmöglich ist.“

Zu der Hauptforderung der Note übergehend, in zirka 8 bis 10 Wochen neue Steuern in Höhe von 60 Milliarden Mark gesetzlich festzulegen, erklärt die „Germania“, daß diese Forderung einfach und durchführbar sei. Komme die deutsche Regierung bei ihrer entscheidenden Prüfung der neuen Auflagen der Reparationskommission zu demselben Ergebnis, finde auch sie, daß die gestellten Forderungen in ihrer Gesamtheit oder im einzelnen unmöglich sind, dann müsse sie die Konsequenzen daraus ziehen.

Zum Schluß noch die „Rote Fahne“. Da gehts natürlich nicht ohne einen neuen Schwindel ab, der, wie immer an dieser Stelle, einen klaren politischen Gedanken erkennen muß. Das kommunistische Blatt schreibt, die USP sei prompt mit einem Vorschlag zur Hand: die Erhöhung der Umsatzsteuer. Praktisch bedeute das, daß die USP sich an die Spitze jener stelle, die die neu geforderten 60 Milliarden durch indirekte Steuern aufbringen wollen. Das alles ist natürlich von Anfang bis Ende erlogen. Es genügt, den Vorklaut der gestrigen Rede des Genossen Breitscheid im Reichstage nachzulesen, um die ganze Zämmlichkeit der kommunistischen Verleumdungstaktik zu erkennen.

Pariser Pressestimmen

Paris, 23. März.

„L'Echo“ veröffentlichte gestern abend zehn Uhr den Wortlaut der Entschlüsse der Reparationskommission, die nicht einmal von sämtlichen Blättern wiedergegeben werden. So begnügt sich „L'Echo“ damit, einen Auszug von 60 Zeilen zu veröffentlichen. Auch „Petit Parisien“ und „Echo de Paris“ geben die der deutschen Regierung übermittelten Noten nicht im Wortlaut wieder.

Ueber die Entscheidung der Reparationskommission schreibt „Petit Parisien“, die gesamte deutsche Presse, sowohl die sozialistische, wie auch die bürgerliche, nehme die Zugeständnisse der Reparationskommission mit Wut und Entrüstung entgegen, weil die Alliierten diesmal gemeinsam kundgeben, daß sie darauf halten würden, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, und daß sie den Zahlungsanstaus rückgängig machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in kürzester Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben durch innere und äußere Anleihen Ordnung in ihre Finanzen bringe. Daß das deutsche Volk verpflichtet sei, hart zu arbeiten und sich ernsthafte Entbehrungen aufzuerlegen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Lasten zu tragen, das sei die Arbeit selbst. Aber wer trane daran schuld? Die Verwickelte sei für die Deutschen aller Klassen und aller Parteien schmerzlich. Aber im Jahre 1914, in dem Augenblick, in dem die deutschen Heere die französischen Provinzen verwüsteten, hätten sie sich das sagen sollen.

Der „Temps“ schreibt: Wenn es uns gestattet ist, eine Meinung auszusprechen, so würden wir wünschen, daß man nicht zu früh einen zu brutalen Entschluß fassen müsse. Man muß etwas der Erfahrung überlassen. Was nun die festgesetzten Zahlungsstermine anbelangt, so wird, wie schon früher bemerkt wurde, Deutschland verpflichtet sein, die Zahlbeiträge in den Zahlungen durch Barleistungen zu vervollständigen. Die Erhebungen der englischen Regierung auf die deutschen Einzahlungen werden durch das Sachverständigenkomitee überwacht werden. Der Unterschied der Summe, die Deutschland nach dem Londoner und nach dem gestrigen Zahlungsplan bezahlen müßte, werde zu 5 Prozent vermindert werden. Die Reparationskommission wird Ende Mai die Ausführung der von Deutschland geforderten Garantien prüfen. Wenn diese nicht befriedigend sein wird, wird sie die nach dem Londoner Zahlungsplan zu bezahlende Summe innerhalb 14 Tagen fordern.

Im „Echo National“ schreibt Tardieu: Die Reparationskommission hat sich von der demütigenden Rolle befreit, die sie seit 1921 in London spielte. In vielen Punkten fehlt es den Beschlüssen an Bestimmtheit. Es ist klar, daß die Reparationskommission sich erst an die Arbeit gemacht hat und daß sie noch nicht zum Handeln bereit ist, aber sie erinnert sich an die Pflichten und Rechte, die ihr der Versailler Vertrag gibt, oder wenigstens einiger derselben. Es gibt aber noch einige Artikel, deren sie sich noch nicht erinnert und die ihr in Erinnerung gebracht werden müssen.“

Der „Figaro“ führt aus: Die volle Last, die der Beschluß der Reparationskommission Deutschland auferlegt, beläuft sich auf 2060 Millionen Papiermark. Es wird Kathenau nicht schwer fallen, zu beweisen, daß diese ungeheuren Lasten nicht durch Steuern aufgebracht werden können, die schon verdoppelt wurden. Es scheint übertrieben, von einer freiwilligen Sabotage der deutschen Finanzen durch den Staat zu sprechen. Eine Sabotage erfüllt vielleicht, aber die finanzielle Unordnung ist gewissermaßen so ernst, daß der Wunsch, das Uebel zu heilen, wahrscheinlich als aufrichtig angesehen werden kann.“

„Vorwärts“wahrheiten haben kurze Beine

Der „Vorwärts“ hat dieser Tage seinen „Witz“ geübt an einem Reichstagsstimmungsbild unseres Leipziger Parteiblattes. Dort war auf die Tatsache verwiesen worden, daß Helfferich in seiner Rede zum Steuer-Mantelgesetz daran erinnert hat, daß die Rechtssozialisten mit den anderen Parteien des Steuerblocks sich dahin verständigt haben, die in der Steuerkoalition noch bestehenden Differenzpunkte durch die Abstimmung im Plenum, also durch die Deutschnationalen, entscheiden, d. h. die noch bestehenden rechtssozialistischen Wünsche niederstimmen zu lassen.

Dem „Vorwärts“ waren diese Ausführungen Helfferichs natürlich sehr peinlich, und er suchte über die unangenehme Situation hinwegzukommen, indem er frisch-frei bestritt, daß Helfferich überhaupt eine solche Rede gehalten habe. Das Zentralblatt der Rechtssozialisten machte dem parlamentarischen Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ die häßlichsten und verlegendsten Vorwürfe und die rechtssozialistische Provinzpresse folgte eifrig diesem Beispiel.

Nun haben aber bekanntlich Lügen kurze Beine und „Vorwärts“wahrheiten nicht minder. Denn der amtliche stenographische Bericht über die Rede Helfferichs weist die Richtigkeit des Berichts unseres Leipziger Parteiblattes nach. Nach dem Stenogramm (188. Sitzung vom 16. März, Seite 6303, Spalte 2) hat Helfferich gesagt:

„Im übrigen habe ich den Eindruck, daß die bürgerliche Section der Kompromißparteien auch jetzt noch, nachdem man uns quasi in die Ecke gestellt hat, keineswegs geneigt ist, auf unsere positive Mitarbeit ganz zu verzichten. Es gibt in den Steuergesetzen Materialien, die in den Kompromißverhandlungen nicht geregelt worden sind, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde nicht, weil die Kompromißparteien sich über diese Materialien nicht einig werden konnten. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um Fragen zweiten oder dritten Ranges, sondern um Fragen ersten Ranges, zum Beispiel um die sehr wichtige Frage der Bewertungsgrundsätze, die ausdrücklich in dem Kompromiß nicht geregelt worden ist. In dieser Frage geht das Kompromiß dahin, daß Sie, die Herren von den bürgerlichen Kompromißparteien, sich von den Sozialdemokraten die Erlaubnis erwirkt haben, die Sozialdemokraten mit unserer Unterstützung zu unterstützen. (Abgeordneter Dr. Becker-Hessen: Was ist das für eine Darstellung!) Herr Kollege Becker, ich bitte Sie, mir diese Wendung nicht weiter über zu nehmen. Sie haben ein Kompromiß geschlossen. Sie haben diesen Punkt nicht in das Kompromiß aufgenommen. Sie haben mit den Sozialdemokraten vereinbart, daß über diesen Punkt das Kompromiß nicht scheitern solle. Sie wissen ganz genau, daß wir in dieser Frage auf Ihrer Seite sind — das wissen auch die Sozialdemokraten — und daß mit unserer Hilfe die bürgerlichen Kompromißparteien in diesem Punkte die Sozialdemokratie unterstützen werden. Wir wollen uns also nicht formalisieren. Der Tatbestand steht fest, daß Sie unsere positive Mitarbeit sehr wohl zu schätzen wissen, genau so wie wir, meine Herren, die Ihre.“

Wenn der „Vorwärts“ die Richtigkeit der Helfferichschen Mitteilungen bestritten hätte, so wäre das verständlich gewesen angesichts des Mißtrauens und des Mißmuts, das weite Kreise der rechtssozialistischen Anhängerschaft gegen das Steuer-Koalitionsgeschäft der Partei erfaßt hat. Daß der „Vorwärts“ aber den Versuch macht, die Ausführungen Helfferichs einfach aus der Welt zu schaffen und bei diesem schwierigen Unternehmen, der die Wahrheit sagt, dreißt des Schwindels bezichtigt, ist eine Leistung, die für ein führendes Parteiblatt immer bemerkenswert ist.

Die kommunistische Funkenstation Eine Erklärung Weismanns

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags gab der Staatskommissar Dr. Weismann gestern eine Darstellung über die Aushebung der kommunistischen Funkenstation in der Linienstraße. Er sagte, die gemachten Punkte hätten die Erwartungen der Polizei weit übertraffen. Es seien Pläne beschlagnahmt worden, in die sämtliche Gestänge der nach dem

Reiche laufenden Haupttelegraphenlinien eingezeichnet waren. Ein vorgegebener Befehl ordnete an, daß in den Häusern, auf denen die Gestänge angebracht sind, zuverlässige Kommunisten ausfindig gemacht werden müßten, deren Aufgabe es sei, bei Ausständen die Fernleitungen zu versichern. Durch ungetreue Beamte sei das Brief- und Postgeheimnis schwer verletzt worden. Die Liste der betreffenden Beamten befindet sich bereits in den Händen des Postministers. Der Oberreichsanwalt sei mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Der Kommunist Kah erklärte dazu, daß die Funkenstation überhaupt nie in Betrieb gewesen wäre. Es handele sich um eine harmlose Spielerei. Daß die kommunistische Partei in die Affäre verwickelt ist, stritt Herr Kah nicht ab. Wohl aber behauptete er, daß der Polizei die Funkenstation schon seit langem bekannt war. Sie habe aber die Aufhebung erst jetzt vorgenommen, um dem Auslande die Gefahr neuer Unruhen vorzutäuschen, und zwar im Hinblick auf die neue Note der Entente, die eine Entmilitarisierung der Polizei fordert. Bisher seien die Behörden schon immer so verfahren, daß bei einer neuen Note jedesmal Gerüchte über neue Unruhen in die Welt gesetzt und in Verbindung damit Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen wurden.

Stinnes soll reden

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ nimmt noch einmal zu dem Briefe von Hugo Stinnes Stellung, der bekanntlich unter Verdüfung darauf, daß es sich bei seinen Londoner Verhandlungen um Privatgespräche gehandelt hat, abgelehnt hat, sich über deren Inhalt zu äußern. Er schreibt: „Ich habe meinen Gewährsmännern die Erwiderung des Herrn Hugo Stinnes vorgelegt. Sie beharren darauf, daß Herr Stinnes seine privaten Eisenbahnpläne in dem früher mitgeteilten Sinne und mit jenem konkreten Vorschlag, der ihnen im Augenblick als das Wesentlichste, aber abstrakt erschien, vorgebracht hat. Herr Stinnes, der seine Pläne einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten der City und anderen vorgebracht hat, kann sich um so weniger auf eine Schweigepflicht berufen, als mir aus bestimmter Versicherung wird, daß eine Verpflichtung, über seine Vorschläge nicht zu reden, Herrn Stinnes keineswegs auferlegt worden ist. Dagegen mag es wohl sein, daß der eine oder der andere, mit dem Herr Stinnes sprach, aus gewissen Rücksichten nicht will, daß in England bekannt wird, daß er mit Herrn Stinnes verhandelt hat. Aber das ist nicht so gemeint, daß Herr Stinnes verhindert sein soll, dem deutschen Parlament zu sagen, welche das Reich berührenden Vorschläge er in London gemacht hat.“

Wenn Herr Stinnes jetzt nicht redet, so wird man mit Hug und Recht sein Schweigen als Anerkennung seines Schuldbewußtseins ansehen dürfen.

Schluß der Derttertragödie

In Ergänzung der in unserer Montagsausgabe wiedergegebenen Meldung über den Bezirkstag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Braunschweig wird uns noch berichtet:

Am Sonntag fand in Braunschweig ein außerordentlicher Bezirksparteitag statt, der sich vornehmlich mit organisatorischen Fragen befaßte. Außerdem lag ein Antrag der Vorsitzenden der Kreisorganisationen vor, dem aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Dertter das Landtagsmandat abzunehmen. Hierzu hatte Dertter durch einen Delegierten mitteilen lassen, daß er beabsichtige, in der gegnerischen Presse einen Artikel zu veröffentlichen, der gegen führende Genossen eine Reihe schwerer Beschuldigungen enthält. Der Parteitag lehnte es ab, sich auf diesen Erpressungsversuch Dertters näher einzulassen und beschloß mit allen gegen drei Stimmen auf Aberkennung des Mandats. Damit ist auch die Spekulation der Bürgerlichen auf eine Fraktionszerpflüchterung, auf einen Bruch der sozialistischen Landtagsmehrheit und Ersetzung der sozialistischen durch eine Koalitionsregierung hinfällig geworden.

mit den braven, munteren Mäusen. Hat's der Stubensasse sein Mäuschen lieb gewonnen, dann sah er über Nacht sein Lieblingstierchen in acht Exemplaren vorhanden. Nein, es ging nicht, dazu reichte die Rest nicht aus, um ganze Familien mitzuerzähren, und der kleine Tierpark mußte der Kaufhalle zum Opfer werden.

Aber wo nur das Lebendige hernehmen? Es kam. Es kam, wie alles, was in das Gefängnis wandert, durch eine Schuld. Nicht durch eigene Schuld, durch fremde, was sich ja auch mit Gefangenen oft ereignet.

Es wurde gestohlen. Gestohlen von einem Gefangenen, einer besonderen Art des Diebstahls, die beim Gelingen einen ganz eigenen Reiz gewährt. Das muß ich wissen, denn ich habe das Lebendige selbst vor der Türe des braven Paravertwälters gestohlen und es Peter gekauft, weil es eine Rahe war.

Unter me'mem Rock verborgen trug ich den neuen Genossen in die Stube, wo er jubelnd begrüßt wurde, und gab ihn Billy in Erziehung und Pflege, denn Billy besaß das so rar gemordene goldene Münchener Herz, und in seinem Schranke ab und zu gute und lange Salamiswürste. Billy wird mich heute noch verfluchen, denn er spart sich alles vom Mund ab und Peter war unerfährlich. Wenn er einmal einen Tag weggeblieben war — und das tat er öfter —, dann schien er so miligewonnen und erschöpft, daß er sorgsamster Pflege und Stärkung bedurfte. Wir armen Gefangenen hatten ein Verständnis dafür.

Peter hatte auch sonst noch Eigenschaften: er war gutmütig, anhänglich und unerschämmt. Er betrachtete uns als Männer und zeigte helnerlei Schen. Am hellen Tage brachte er einmal eine seiner Freundinnen mit, ein andermal eine zweite noch recht jugendliche. Peter sah's sich als Gefängnischa'er frech über alle Gesetze hinweg. Er hätte das Schicksal, das ihn ereilte, wirklich nicht verdient.

Peters erste Freundin behielten wir. Wir hatten sofort erkannt, daß durch sie die Haus- und Stuben'erfrage befriedigend gelöst werden könnte. Wir rissen uns um die noch ungeborenen Jungen, verteilten und tauchten sie. Wir bekamen auf diese Weise regelung Stoff zu erhellten Eiferforschungsarbeiten und überwandten unsere schlimmste Feindschaft, die Zeit.

Als uns die Stunde übertrug — wir verstanden ja so wenig davon —, holten wir in der Ecke aus unseren Schränken Kleidungsstücke zur Verlei eines Panzers, denn auf unsern Strohsäcken durfte infolge der Unmöglichkeit noch weiterer Belastung mit Schmutz des Erlebens nicht ver sich gehen.

Und als die Stunde richtig gekommen war, da sprach die brave Rahe alle ihre Jungen auf, eins nach dem andern, und ledete sich dabei mit Behagen die rauhe Zunge. Schauernd

Inzwischen hat Dertter seine Trohng Wahr gemacht. Nach einem Bericht der „Braunschweigischen Landeszeitung“ erweist Dertter neue Anschuldigungen gegen führende Mitglieder der U.S.P.D. in Braunschweig und gegen den Reichstagsabgeordneten Simon, der den Landesparteitag bewußt getäuscht habe und der auch bei der Bestätigung des Ausschusses durch das Schiedsgericht, der mit vier gegen drei Stimmen erfolgt sei, als unparteiischer Vorsitzender mit für den Ausschluß gestimmt habe. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ weiter berichtet, erklärt Dertter, daß er sein Mandat als Landtagsabgeordneter nicht niederlegen werde, da der Bezirksparteitag über ihn, der nicht mehr der Partei angehöre, keine Beschlüsse mehr zu fassen hätte und daß 8000 Mitglieder der U.S.P.D. im Freistaat Braunschweig nicht den Willen der 74 000 Wähler der unabhängigen Liste zum Ausdruck brächten. Dertter bekennt weiter, daß er am 2. März gelegentlich einer mehrstündigen Unterredung mit dem jetzigen Ministerpräsidenten Junke erlucht worden sei, der jetzigen sozialistischen Regierung für die kommende Landtagswahl das Regierungsprogramm ausarbeiten; diesem Auftrage sei er nicht nachgekommen, da er für die jetzigen sozialistischen Regierungsmänner kein Interesse mehr habe.

Die Tatsache allein, daß Epp Dertter zur bürgerlichen Presse geht, um seine Beschuldigungen los zu werden, charakterisiert den Mann. Er hat anscheinend jetzt jeden Halt verloren, sonst würde er sich nicht ein Blatt zum Abladeplatz für seine Schmerzen aussuchen, das ihn bisher immer nur mit Rot besworfen hat. Im übrigen werden sich unsere Braunschweigischen Parteigenossen zu den neuen Anwürfen Dertters wohl noch äußern.

Die Schlichtungsordnung im Reichstag

Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun hat den Entwurf einer Schlichtungsordnung nunmehr dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag hat der Einbringung der Vorlage zugestimmt, doch über die Aufbringung der Mittel für die Schlichtungsanstalten bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Reichsrat. Während die Reichsregierung einen Teil der Kosten den Ländern auferlegen will, fordert der Reichsrat, daß das Reich die gesamten Lasten übernimmt.

Der Entwurf ist von den Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsrat bekämpft und schließlich abgelehnt worden, weil er den § 5 unverändert enthält, der die Gewerkschaftsbewegung einem unerträglichen Zwang unterwirft und ihre Bewegungsfreiheit in hohem Maße schmälert. Dennoch ist die Vorlage vom Reichswirtschaftsrat angenommen worden. Die Erörterungen des Gesetzesentwurfes im Reichstag stehen nunmehr unmittelbar bevor, und es dürfte empfehlenswert sein, wenn sich die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Behandlung der Angelegenheit bisher vollends den Spitzenkörperschaften und ihren Vertretern im Reichswirtschaftsrat überlassen haben, von jetzt ab etwas mehr um die Schlichtungsordnung kümmern würden. Wenn es nicht gelingt, dieses Gesetz in der gegenwärtigen Form durch eine Massenbewegung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu Fall zu bringen, dann wird er mißsam dem § 5 und anderen Schönheitsflecken des Gesetzes auch vom Reichstag angenommen werden.

Bergarbeiterstreik in Amerika Indianapolis, 21. März.

In der Abstimmung haben sich 90 Prozent der Verpleute für den Streik ausgesprochen. Der geltend ausgegebene Streikbefehl dürfte den vollständigen Stillstand der Kohlenförderung zur Folge haben. Man glaubt aber, daß die Bedienung der Pumpen und verschiedene andere technische Arbeiter ihre Tätigkeit fortsetzen werden. In dem Streikbefehl heißt es, daß die Streikenden sich jeden Gewaltaktes enthalten sollen.

Peter

Skizze von Dr. Franz Reichenfelder

Es war irgendwo in einem Gefängnis. Das Wo hat nicht's zu sagen. Wo Menschen die Freiheit verloren haben, ist überall die gleiche Stätte dumpfer Trübsal.

Dies Gefängnis war von besonderer Art: es beherbergte allerlei Arten von Gefangenen, sogenannt gemeine und sogenannte politische Verbrecher. Die letzteren unterschieden sich von ihren Unglückskameraden, daß man ihnen die Sorge um Ausfüllung der Zeit nicht abgenommen hatte und daß arbeits- und inhaltslose Tage, Monate, Jahre die Seele zermürbten und der Wirklichkeit des Lebens entfremdeten. Daran änderte nichts der geringe Spielraum an freier Bewegung der nicht ganz zu umgehen war, weil dieser Teil des Gefängnisses in den Registern des Hauses als Festung geführt wurde.

Anfangs war es wohl noch einigermaßen gegangen. Die Gefangenenzeit hatte ja ihr zerkendes Werk begonnen. Damals war man wohl gelegentlich einmal auf einen der drei Bäume geklettert, um über die viele Meier hohe Mauer und dem umschließenden, ebenfalls meterhohen Stacheldraht einen verlangenden und genießenden Blick in die Welt der Freiheit zu werfen — bis auch die Baumkronen durch Stacheldrahtgewinde vor den Gefangenen geschützt wurden. Dann hatte man aus Lumpen Bälle hergestellt, um die Zeit durch Spielen zu besetzen — aber es war recht mühevoll, denn die meisten Bälle flogen gleich über die Mauern des allzu engen Ganges, „Wall“ genannt, in den tiefen Graben und man hatte schließlich nicht mehr genügend Pumpen im Hause, die sich zu solchem Zwecke verwenden ließen.

Als wieder einmal der Frühling gekommen war, schaute man sich nicht vor den Stacheln an den Bäumen, kletterte hinauf und holte sich junge Stare, um sie auszulernen und sprechen zu lehren. Viele der jungen Tiere vertrugen die Luft der Stuben nicht, machten es manchem Gefangenen nach und gingen ein. Der Rest mußte in Freiheit gesetzt werden, denn ein Kusscher hatte diesen Vogelzug als einen Akt vollendeter Rebellt gemeldet. Aber auch diese armen Tiere teilten Gefangenenlos. Sie fanden sich nicht mehr in der Freiheit zurecht und gingen, von ihren Blutsgegnossen verzehlet, hilflos zugrunde.

Etwas Lebendiges mußten aber die Gefangenen um sich haben. Sie konnten sich nicht auf die Dauer mit den einzigen Haustieren begnügen, die von der Anfallstellung gestaltet wurden — dies allerdings mit verschwenderischer Großmütigkeit —,

standen wir herum. Und schauernd fanden wir den Vergleich mit staatlicher Gerechtigkeit, die mit ebensolchem Rahenbehagen ihre eigenen Kinder aufzucht.

Peter hatte sich während dieser ganzen Zeit überhaupt nicht sehen lassen. Er war eben ein ganz abgebrühter Lebemann, der sich aus solchen Sachen recht wenig machte.

Ich habe persönlich an Peter nicht die allerfreundlichsten Erinnerungen. Er hat sich für meinen Zielstahl nicht dankbar gezeigt. Wenn er mir einmal mit gleichnerischer Miene einen Besuch machte, dann stellte es sich schon in ganz kurzer Zeit heraus, daß ihn nur die bringendste Not und eine gewisse Zuneigung zu meiner Kohlenkiste angetrieben hatte. Atmete er, von Not befreit, erleichtert auf, was sich bei Rahe in Schnurren äußert, dann begab er sich sogleich in die angrenzende Stube zu Willy's Salamihantel.

Aber eine Nacht war er doch bei mir, und in dieser Nacht war er grenzenlos unglücklich, miante und stöhnte und schüttete mir solchermassen sein Herz aus. Ich tröstete ihn, so gut ich es in meiner Sprache konnte, denn ich fühlte mit ihm und es schien, als verstanden wir uns ganz. Lehtes Leid und schlimmste Kränkung fährt doch schließlich alle Wesen zusammen. Das war damals, als ihn sein Schicksal ereilt hatte.

Was war aber dies Schicksal?

Ein grauenhaftes. Folgendes: Das Wort Bestung wurde aus den Registern gestrichen, die Gefangenen sollten in eine „richtige“ Bestung abtransportiert und Peter nach unserem Willen mitgenommen werden. Wir glaubten ein Recht darauf zu haben, denn wir hatten ihn monatelang gefüttert, ihn lieb gewonnen, und er gehörte nun einmal zu uns.

Wir gaben darum ein. Denn eine so einfache menschlich-faterliche Angelegenheit erfordert an beratigen Orten Erziehung auf dem amtlichen Instanzweg.

Und wir erhielten Bescheid.

Der Bescheid war folgender:

„Die Rahe kann nicht mitgenommen werden, weil sie staatliches Inventar ist.“

Armer Peter! Der Freilest von uns o'eam, der sich alle'n bewegen konnte, wenn er auch oft Stachelbrautmanden trug, ein ganzer Mann mit absolut freier Moralanschauung und erklärt zum — nein, die Jeder sträubt sich, das Wort wiederholend niederschreiben.

Wir schüttelten alle die Köpfe.

Aber das war immerhin etwas, eine Abwechslung, eine Aufreißung, denn schon ein Jahr vorher hatten wir es als zwecklos aufgegeben, überhaupt noch die Köpfe zu schütteln.

Die Protestbewegung gegen die Rachejustiz

Das Exekutivkomitee der Englischen unabhängigen Arbeiterpartei, die tschechoslowakische sozialistische und sozialdemokratische Partei, das Zentralkomitee der lettischen sozialdemokratischen Partei, die Belgische sozialistische Arbeiterpartei, die lituanischen Sozialisten drücken ihren Protest gegen den Moskauer Prozeß aus und verlangen seinen Aufschub und die Uebergabe der Sache der Sozialrevolutionäre an das Gericht des internationalen Sozialismus.

London. Die 2. Internationale fordert alle politischen Organisationen zum Protest gegen den Moskauer Prozeß auf. Die Arbeiter-Partei telegraphierte Tschischerin und Krasin um den Aufschub des Prozesses zu verlangen.

Paris. Die CGT wendet sich an den internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Vorschlag, im Interesse der russischen Sozialisten, die vom Tode bedroht sind, zu handeln, und sendet diesen letzten ihren brüderlichen Gruß. Die französische revolutionäre (kommunistische) Konfederation, die bolschewistisch gesinnt ist, hat ebenfalls einen Protest eingeschickt, in dem sie gegen jede Regierung protestiert, die zum Zweck der Machtbehaltung nicht vor der Unterdrückung von Arbeitern, die für ihre Befreiung kämpfen, zurückweicht.

Das Telegramm von A. France hat einen tiefen Eindruck auf die sozialistischen Arbeiter gemacht. Die ganze französische sozialistische Provinzpresse widmet dem Moskauer Prozeß Protestartikel.

Paul Bourre hat telegraphisch von Moskau den Aufschub des Prozesses verlangt.

Die permanente administrative Kommission der französischen sozialistischen Partei hat nach Moskau einen energischen Protest geschickt, in dem sie der Moskauer Regierung zumutet, den Verfolgungen und der Verneinung von Recht ein Ende zu machen.

(Intel.) Rom, 22 März.

Die Geschäftsleitung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes entsandte eine Delegation zu dem Vertreter der Sowjetrepublik in Rom mit der Bitte, er möge auf seine Regierung einwirken, daß von der Aburteilung der Sozialrevolutionäre solange Abstand genommen würde, bis die Angelegenheit den Exekutiven der drei Internationalen zur Prüfung vorgelegen habe.

Und wird folgende Rundgebung überandt:

Das Auslandskomitee der Ukrainischen Sozialrevolutionären Partei protestiert gegen den unglaublichen Prozeß gegen die in Sowjetrußland gelieferten Sozialisten und verlangt, daß sämtliche Kanäle zwischen den Sozialisten und Bolschewiki einer internationalen sozialistischen Kommission zur Entscheidung übergeben werden. Dieselbe Kommission soll überdies eine Revision sämtlicher bereits früher geäußerten einseitigen Urteile der Bolschewiki gegen die Sozialisten unternehmen, darunter auch des Urteils gegen das Zentralkomitee unserer Partei.

Charkow, Mai 1921

Für das Auslandskomitee Schapoval, Hryhorien.

Karl Kautsky gegen die Moskauer Rachejustiz

Genosse Kautsky hat an die Leitung der sozialrevolutionären Partei Auslands folgende Schreiben gerichtet, das im „Golos Wostok“ veröffentlicht wird:

„Werde Genossen! Ich verführe im Augenblick über keine Zeitschrift, auch nehme ich in der deutschen Sozialdemokratie keine offizielle Stellung ein, ich kann also nur für mich als Person sprechen.“

Ich halte es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden, der des Namens Sozialist würdig sein will, sich der Protestaktion der Sozialrevolutionäre anzuschließen, um den geplanten Mord an den 47 angeklagten Mitkämpfern Ihrer Partei zu verhindern und, wenn es schon unvermeidlich sein sollte, daß sie heute noch wegen weit zurückliegender Taten gerichtet werden sollten, zu erwirken, daß sie vor ein unparteiisches Gericht, bestimmt aus Mitgliedern der drei proletarischen Internationalen, gestellt werden.

Dies zu erlangen, erscheint mir ebenso wichtig, wie die Bestellung einer Kommission durch die drei Internationalen, die nach Georgien geschickt werden soll, um dort die Verhältnisse zu

untersuchen und das geornische Volk in den Stand zu setzen, frei über sein Schicksal zu entscheiden.

Von diesen beiden Aufgaben leidet allerdings der Protest zur Verhinderung der Aburteilung unserer angeklagten Genossen aus der Partei der Sozialrevolutionäre nicht den geringsten Aufschub.

Ich hoffe, daß es keine sozialistische Partei geben wird, möge sie der zweiten Internationale angehören oder der Wiener Arbeitergemeinschaft, die in dieser Sache nicht ihre volle Schuldbiligkeit tut.

Sollten die kommunistischen Parteien bei dieser Protestaktion zur Seite stehen oder gar sie durchkreuzen wollen, dann wären sie vor dem Proletariat der Welt zu brandmarken als feige Helfer der Moskauer Henker, als Knechte, bei jeder Bürde und jeder Berechtigung, mit denen niemand Gemeinschaft pflegen kann, dem es ernst ist mit der Befreiung des Proletariats.

Mit den besten Wünschen für den Erfolge Eurer Aktion begrüße ich Euch herzlichst Euer

Karl Kautsky.

Ostpreussisches Wetterleuchten

Rainigsberg, 22. März.

Der Provinziallandtag hat heute einstimmig folgende von sämtlichen Parteien, einschließlich der Kommunisten, unterzeichnete Erklärung angenommen: Der Herr Oberpräsident hat bei Eröffnung des Provinziallandtages als Vertreter der Staatsregierung bekundet, daß Ostpreußen nicht willens sei, das Schicksal des Wilnaer Landes zu teilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen Ostpreußen gerichteten Pläne nicht allein bei einzelnen Schwärmern bestehen, sondern Gemeingut weiter Kreise in Polen sind. Demgegenüber erklärt der ostpreussische Provinziallandtag, daß die gesamte ostpreussische Bevölkerung in dem selben Willen einig ist, die Ausführung der oben gekennzeichneten Pläne nicht zu dulden.

Die Regierung ist verpflichtet, zu diesem Telegramm einen näheren Kommentar zu liefern. Der Sinn ist so dunkel, daß sich Anlaß zu allerlei Deutungen bietet. Wir möchten einstweilen annehmen, daß der Beschluß des ostpreussischen Provinziallandtages auf falsche Gerüchte hin zustande gekommen ist. Vielleicht ist bei gewissen Kreisen auch der Wunsch der Vater des Gedankens. Gerade deshalb ist eine sofortige Aufklärung geboten.

Reichsgesetzliche Urlaubsregelung

Genosse Künstler hat folgende Anfrage im Reichstag eingebracht:

In der 68. Sitzung des Reichstages vom 24. Februar 1921 begründete der Abg. Simon (Franken) eine Entschließung (Drucksache Nr. 1496) über das Recht auf Urlaub unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter gefordert wird.

Am Schluß der Aussprache wurde folgende Entschließung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angenommen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Arbeitern und Angestellten das Recht auf Urlaub unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter gewährt wird.“

Seit der Annahme der Entschließung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind dreizehn Monate ins Land gegangen, ohne daß dem Reichstage von der Regierung ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt worden ist.

Aus Gründen der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit frage ich daher an:

1. Wann wird die Regierung der Entschließung des Reichstages vom 24. Februar 1921 Rechnung tragen und einen im Interesse der Volkswohlfahrt und nicht zuletzt aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendigen Gesetzentwurf auf eine reichsgesetzliche Regelung der Urlaubsgewährung dem Reichstage vorlegen?

2. Ist die Reichsregierung bereit, den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute schon in den Genuss eines Urlaubs kommen, gegen entsprechende Legitimation auf den Eisenbahnen eine Fahrpreisermäßigung zu gewähren?

noll heraus. Wenn man das Grottrian-Symphonie-Orchester vor 2 Jahren hörte, so muß man Hermann Scherchen als fabelhaften Orchesterleiter bewundern, denn jetzt singt der Streichkörper und auch die Holzbläser sind von edl. m. Charakter. Vor diesem Konzert hielt Scherchen einen Vortrag über die beiden Sinfonien mit erläuternden Beispielen, die von einigen Orchestermitgliedern vorgeführt wurden. Es ist nur schade, daß Scherchen nicht populär genug spricht, der einfache Mann, ohne jegliche musikalische Vorbildung, kann diesem Vortrag nicht folgen. — Am 18. Januar fand ein „Kunstabend“ für die sozialistische Proletarierbewegung Deutschlands (USP) zu Ehren der Teilnehmer an den Sitzungen des Internationalen Exekutivkomitees statt. Die Darbietungen bestanden aus Kammermusik, Gesang und Rezitation.

Ende Januar veranstaltete die Gewerkschaft des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Fernalmungsstelle Leipzig ein prachtvolles Konzert anlässlich ihrem 25-jährigen Bestehens. Ein Orchester von 20 Mann unter der Leitung seines Kapellmeisters Gustav Schühe, spielte Weber, Schubert, Beethoven. Dann wirkten noch die Männerchöre Zentrum-Süd unter der Leitung unseres besten Männerchorleiters Paul Michael mit.

Opernvorstellungen hatten wir im Monat Januar nur drei, die erste am 12. Januar zu Ehren der Delegationen des Parteilages „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Keelal, am 16. Januar „Rhapsodie“ von Verdi und am 25. Januar „Die Zauberflöte“ von Mozart. Alle diese Vorstellungen sind bis auf den letzten Nachverkauf und auch den Künstlern muß das Lob ausgestellt werden, daß sie für die Arbeiter-Veranstaltungen ihre besten Kräfte einsetzten. Barnet Licht.

Ein Kongreß „Menschenbildung und Lebensgestaltung“ wird zu Pfingsten d. J. vom Bund entschiedener Schulreformer in Mainz veranstaltet. Es soll ein Versuch sein einen Weg zur europäischen Kulturgemeinschaft zu finden und Verbindungen zu schaffen zwischen den Menschen und Organisationen Europas. Es soll versucht werden die Erziehung die aus den Notwendigkeiten unserer Zeit geborene Aufgabe zu sehen, sie wieder als zentrales Problem der Kultur zu sehen und zu gestalten. Der Kongreß soll sich über vier Tage erstrecken und auf breiter Grundlage führende geistige Kräfte vereinigen. Die Leitung des Präseminars liegt in den Händen des Präsidenten a. D. Dr. Streicher-Darmstadt, Ausschuß: erteilt Ortsgruppe Mainz des Bundes entschiedener Schulreformer, Mainz, Leibnizstraße 45.

Künstlerhilfe f. d. Kunstschaffenden. Wenn einer Unterstützung mit der Hand hat, Abend vom 23. d. Mts. auf einen späteren Termin, der noch bekanntgegeben wird, verzögert werden. — Seltene Karten gratis.

Vollst. Abn. Sonnabend 8 Uhr: Gedmet. Abend im Bürgeraal des Rathauses. Vortrag: Dr. H. Kautsky, Einleitendes, 10 Uhr.

Palast a. Theater. Sonntag, den 27. März und 1. April um 1 Uhr zwei Operngastspiele „Coburgin“ zu vollständigen Preisen; die musikalische Leitung hat Prof. Kubitsch.

Um die Autonomie Oberschlesiens

In Nr. 219. Abendblatt vom 23. März erklärt die „Frankfurter Ztg.“ im Leitartikel, daß die Stellungnahme des preussischen Mini-erpräsidenten Braun gegen die ober-schlesische Autonomie im jetzigen Zeitpunkt, wo Versuche zum Ausgleich der wider-rebenden Meinungen gemacht wurden, störend gewirkt habe. Zur Autonomiefrage selbst sagt das Blatt: „Seit der Abimmung in Oberschlesien und namentlich durch das Tiltat des Ober-schlesien hat sich die Lage wesentlich geändert. Es sind so große Stücke von Oberschlesien fortgenommen worden, daß heute ein Bundes-aat Oberschlesien etwas ganz anderes bedeutet als vor der Abimmung, daß er wirtschaftlich bei weitem nicht das selbe Geüige und die finanzielle Leistungsfähigkeit haben würde wie bei der ungeteilten Ausdehnung. Dazu kommt als zweites, daß dieser in keinem Gebiet so stark verleinerte Staat eine sehr schwierige Stellung bei seiner Umklammerung durch Polen und die Tschechoslowakei haben würde, von denen das erstere seine Apitration auf ganz Oberschlesien aufrechterhält und mit seiner Agitation nicht nachlassen wird. Wird Oberschlesien nicht als Teil des stärksten preussischen Staatsgefüges bessere Sicherheiten haben, sich gegen alle Störungseruche erfolgreich zu behaupten und zugleich seine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten stärker auszunutzen? Tiefe Erwägungen werden für die Entscheidung der Abimmung zweifellos eine stärkere Rolle spielen.“

Die die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem ersten Morgenblatt vom 22. März noch mitteilt, haben bereits zwischen Zentrum und Rechtssozialisten Verhandlungen über die Frage der ober-schlesischen Autonomie stattgefunden und man habe ein Uebereinkommen voraussetzen können. Durch die Rede des preussischen Mini-erpräsidenten sei aber den Autonomiefreunden das Argument in die Hand gegeben worden, daß Oberschlesien nach Absicht der Staatsregierung auch weiterhin von Preußen in altpreussischem Sinne ohne Berücksichtigung seiner besonderen Lage regiert werden solle. Es werde jetzt schwer sein, eine vermittlungsfreundliche Stimmung zu schaffen. Die Mini-errede habe jetzt die Sachlage nur verwirrt. Im Zentrum, so sagt das Blatt weiter, seien vorläufig diejenigen Kreise, die eine Autonomie für unzumutbar halten, nicht erfreut über die Rede des Mini-erpräsidenten und auch in der Sozialdemokratie und in den mittleren Gruppen, die bei der Abstimmungsbewegung im Vordergrund ge-lan-gen hätte, gebe es Leute mit politischem Urteil, die sehr kritisch darüber dächten. Die Reichs-verfassung schreibe die Vornahme einer Abstimmung über die Autonomiefrage bindend vor. Daß diese Frage in einem Sinne gelöst werde, der in gleicher Weise den ober-schlesischen wie den preussischen und den Reichsinteressen gerecht werde, sei die Sorge nicht nur der Oberschlesier und der preussischen, sondern vor allem auch der Reichsregierung.

Man sieht also, was der preussische Mini-erpräsident mit seiner Rede angedeutet hat. Er hätte sich offenbar als hervorragender Staatsmann dazu berufen, die Ansprüche Preußens besonders hervor-zu-lehren, ohne dabei zu bedenken, welchen Schaden gerade die über bekannte „preussische“ Politik in Oberschlesien angerichtet hat. Daß die Autonomieforderung für das verleinerte Oberschlesien nicht erfüllt werden kann, ist auch aus anderen als den von der „Frankfurter Zeitung“ angeführten Gründen gewiß. Aber die ober-schlesische Bevölkerung will jetzt endlich wissen, daß es mit den altpreussischen Regierungsmethoden für immer vorüber ist. Nur wenn sie die Gewißheit hat, daß ihr Gebiet künftig als vollwertiges und gleichberechtigtes Glied des Reiches behandelt wird, wird auch bei ihr der Autonomieplan keine Freunde finden.

Calonders Vermittlung gescheitert

Graf, 22. März.

Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Calonder in den deutsch-polnischen Verhandlungen, sowie die direkten Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten, die heute fortgesetzt wurden, haben, seitdem die Einigung in der Frage des Verkehrs über Kreuzburg erzielt worden ist, zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die drei wichtigsten Punkte 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 23 des Versailler Vertrages auf das deutsche und preussische Staatsgebiet und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Ausschusses für den Winderbeitenschutz müssen infolgedessen durch Schieds-spruch des Präsidenten gelöst werden.

Morgen, Donnerstag, um 11 Uhr und Freitag um 10 Uhr werden daher in öffentlichen Sitzungen der Konferenz die endgültigen Grundlagen für den Schieds-spruch geschaffen werden, und zwar wird die Donnerstag-Sitzung der Frage der Liquidation, die Freitag-Sitzung den beiden anderen Fragen gewidmet sein. Präsident Calonder wird die Sitzungen mit einer einleitenden Ansprache eröffnen, worauf Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Dittowski in etwa halbstündiger Rede ihre Auffassung vertreten werden. Der Schieds-spruch wird dann wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in neuer ordentlicher Sitzung gefaßt werden. Dabei mag daran erinnert werden, daß der Präsident für einen Schieds-spruch völlig freie Hand hat und sich sowohl für die eine wie für die andere Auffassung entscheiden kann, aber auch seine Entscheidung auf Grund einer dritten Lösung fällen darf.

Die Pariser Orientkonferenz

Paris, 22. März

Die Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen ist um 5 Uhr 45 Min. zu Ende gegangen. Die drei Mini-er haben beschloffen, ein gemeinsames Telegramm an die Regierungen von Konstantinopel, Angora und Athen zu senden. In diesem Telegramm wird gesagt, daß, um diese Regierungen instandzusetzen, Kleinasien zu räumen, die alliierten Minister des Auswärtigen ihnen vorschlugen, einen Waffenstillstand abzuschließen, und zwar unter den folgenden Bedingungen: Die Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Griechenland hören auf einen noch festzusetzenden Tage auf. Die Truppen halten die Hauptlinien, die sie augenblicklich besetzt halten, weiter besetzt, doch werden die vorgeschobenen Teile zurückgezogen werden, so daß ein Zwischenraum von etwa zehn Kilometern zwischen den beiden Fronten gelassen wird. Es werden alliierte Kommissionen zur Kontrolle gebildet werden, ob die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden. Die Dauer des Waffenstillstandes werde drei Monate sein und könnte ohne vorherige Benachrichtigung bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens erneuert werden. Die drei alliierten Oberkommissare in Konstantinopel, General Pellet Marquis de Camonia und General Harrington werden auf gefordert, sich zu ver-zü-ndigen, um von der türkischen Regierung eine Antwort auf diese Vorschläge sobald wie möglich zu erhalten.

Der Ausschuh der ungarländischen sozialdemokratischen Partei beschloß, an den bevorstehenden Nationalversammlung wählen teilzunehmen.

Vom Leipziger Arbeiter-Bildungs-Institut

Diese kurze Zusammenfassung der Erziehungsarbeit unserer Leipziger Genossen auf musikalischem Gebiet soll dazu dienen, der Arbeiterschaft in anderen Städten Anregungen zu geben, daß sie sich mit ebensolcher Energie und Ausdauer dieses Kunstgebiet erobern wie das in Leipzig geschehen. Den Zweck und die Ziele dieser Bildungsarbeit möchte ich, um nicht von vornherein Mißtrauen zu wecken, hier kurz streifen. Nicht, um den Arbeitern ein Vergnügen zu verschaffen, sich beste Opern und Konzerte anzuhören und sie dadurch so langsam ins bürgerliche Feiertagswasser gleiten lassen, besorgt das ABS, diese Veranstaltungen, sondern um der großen Masse ein Gebiet zu erschließen, das ihr bisher unbekannt und unverständlich war, aber für alle Menschen erschaffen ist: sie in die Musik einführen und sie erleben zum Hören — und zwar durch die Werke der großen Tonmeister unter erstklassigen Dirigenten — und so die hohen Meisterwerke ihr Allgemeinut werden zu lassen, das ist das Ziel des ABS in Leipzig. Im altherühmten Gewandhausorchester und seinem unübertrefflichen Meister Nikisch hatten wir den genialsten Interpreten für unsere Arbeiterschaft; denn Arthur Nikisch verstand es, alle Meisterwerke klar und schlicht zu gestalten, daß sie jedem Zuhörer verständlich wurden und man kann wohl sagen, daß Nikisch in den 7 Jahren seiner Tätigkeit für uns die Herzen der ganzen Arbeiterschaft gewonnen hat. Auch Kapellmeister Hermann Scherchen, der seit 2 Wintern mit dem Grottrian-Symphonie-Orchester (Konzertverein) für unsere Arbeiterschaft Konzertergibt, hat sich bei den Zuhörern einen guten Namen gemacht. Erwähnen möchte ich noch, daß das ABS alle Gebiete der Tonkunst umfaßt: Symphoniekonzerte, Kammermusik, Solfeggienkonzerte, Oratorien, Opern. Außerdem werden sogenannte Kunstabende für die Gewerkschaften und USP-Ortsvereine sowie für die Jugend veranstaltet, bestehend aus Kammermusik und besten Solokräften. Auch auf gute und genaue Programmzusammenstellung wird viel Gewicht gelegt, mit einem Wort, es wird alles getan, um unserer Arbeiterschaft das Beste vom Besten zu geben.

Der Veranstaltungen waren im Verhältnis zu den anderen Monaten im Januar ziemlich wenig, doch wurde dafür inhaltlich reiches geboten. Am 10. Januar war unter Dr. A. Nikisch und seinen Getreuen im Gewandhaus ein Sinfonie-Konzert (zu Ehren der Delegierten des USP-Parteilages) des Nikisch musikalisches Festament wurde. Ein Sinfonie-Konzert fand am 15. Januar unter Leitung von Hermann Scherchen mit dem Grottrian-Symphonie-Orchester statt. Es leitete wurde von Gustav Mahler die 1. Sinfonie und von dem jungen baltischen Komponisten Eduard Erdmann die Sinfonie op. 10 in einem Saal (hier in Leipzig zum ersten Male), die sich im Geiste der Schreier-Schönberg-Schule bewegt. Hermann Scherchen brachte beide Werke im Aufbau sowie im Solozit prächt-

Tariferhöhung — Siedlernet

Mit einer eigenartigen Begründung wird von der Reichsbahnverwaltung der Plan einer neuerlichen Erhöhung der Zeitartenpreise auf der Berliner Stadt-Ring- und Vorortbahn vertreten. Wie bereits gemeldet, ist geplant, den Berliner und Hamburger Lokalverkehr mit einer erneuten Erhöhung der Tarife für Zeitarten zu belegen, ohne dabei die übrigen Tarife im Personenverkehr der Reichsbahn zu erhöhen, da „deren Tarife weit hinter den Zeitartenpreisen für den sonstigen Reichsbahnverkehr zurückbleiben“. Hierzu wird uns geschrieben: Der Fernbahntarif und der Vororttarif der Deutschen Staats- und heutigen Reichsbahnen sind nach verschiedenen Grundrissen aufgebaut. Der Fernbahntarif war stets höher als der Vororttarif, da die dem Vorortverkehr und der örtlichen Verkehrsbedingungen entsprechenden Einrichtungen der Großstädte Berlin und Hamburg andere Erfordernisse an die Eisenbahnen stellen, als die Fernbahnen, bei denen eine strenger durchgeführte Kontrolle ein größeres Personal, längere Reisedauer, aber größere Bequemlichkeiten für die Reisenden erforderlich, als dies bei den auf den Massenverkehr zugeschnittenen Verkehrsmitteln der Vorortbahnen der Fall ist. Die Wagen der Vorort- und Stadtbahnen gestatten also eine größere Ausnutzungsmöglichkeit als die Wagen der Fernbahnen. Daher können auch die Tarife der Vorortbahnen entsprechend niedriger sein, als die Tarife für die Fernfahrten.

Sollte die Eisenbahnverwaltung vielleicht, durch die Besteuerung derjenigen Reisenden, die unbedingt auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, eine Teilung des Besitzes zu erzielen? Die bisherigen Tariferhöhungen im Fernverkehr haben einen starken Rückgang in der Benutzung der Eisenbahnen des Fernverkehrs, eine allgemeine Einschränkung des Reisens und damit einen Rückgang der Einnahmen gebracht. Weiterhin ist aber noch ein Ausfall an Einnahmen dadurch entstanden, daß eine starke Abwanderung aus höheren Klassen stattgefunden hat. Die neuerliche Erhöhung der Zeitarten aber, die noch durch die Aufhebung der Monatskarten, die vor einiger Zeit zur Durchführung gekommen ist, eine merklliche Mehrbelastung der Vorortausfahrten bringt, wird nicht ganz den gewünschten Erfolg haben. Viele derjenigen, die bei etwa gleichbleibendem Tarif (d. h. im Verhältnis zu den Fernfahrten) der Zeitarten, den Versuch einer Ansiedlung auf eigene Kosten in den weiter gelegenen Vororten gemacht hätten, werden in Anbetracht der mit der Eisenbahnfahrt verbundenen täglichen Zeitverluste und Kosten von einem solchen Plane Abstand nehmen. Die Eisenbahnverwaltung trägt also indirekt durch ihre Tarifpolitik dazu bei, das Berliner Wohnungsgeld zu erhöhen zu helfen. Diejenigen, die es nur irgend ermöglichen können, werden versuchen, aus den Wohnortwohnungen heraus wieder nach Berlin zu ziehen und so die Wohnungsnot weiter verschärfen. Aufgabe der Eisenbahn muß es vielmehr sein, Expansionsbestrebungen in den Wohnverhältnissen der Großstädte weitgehend zu unterstützen und damit zu einer Steuerung des Wohnungsgeldes beizutragen, und zwar nicht nur aus sozialen, sondern auch aus hygienischen Gründen.

„Fridericus rex“ in Moabit

Den Alphas alte Weisheit paßt nicht auf das moderne Berlin. Hier wird immer noch etwas er- und gefunden, was noch nicht da war, insbesondere in dem Beruf, der dem make money — dem heutzutage alleinigmachenden Geldmachen — gewidmet ist und mit den immer noch vorhandenen Massen derer rechnet, die „nicht alle“ werden. Wenn der Hochstapler, Gauner, Betrüger aber heute Geschäfte machen will, muß er jedoch Methoden erfinden, die nicht nur neu, sondern auch aktuell und modern sind. Daß ein findiger Kopf aber auf die Idee kommt, die zur Annahme eines Sensationsfilms erforderlichen Vorbereitungen dazu zu benutzen, für sich Geld zu machen, blieb dem Kaufmann Arnold Adermann und dem Elektrotechniker Max Florian vorbehalten. Als der augenblicklich den Gesprächsstoff bildende Film „Fridericus rex“ aufgenommen werden sollte, brauchte die Exerenz-Film-Gesellschaft für die Aufnahmen einige tausend „Roh und Reife“. Der frühere Hilfsregisseur Adermann fertigte sich nun einen mit den geistlichen Unterschriften der Direktoren der genannten Filmgesellschaft versehenen Vertrag an, nach welchem er angeblich beauftragt sei, 1000 Pferde für 400 Mark Miete und 1000 Reiter für 200 Mark Gage zu beschaffen. Mit diesem Vertrag begaben sich beide Angestellten nach Weisenice, der Zentrale des Groß-Berliner Pferdehandels, wo sie von den dort ansässigen Pferdehändlern und Vermietern mit offenen Armen aufgenommen wurden. Unter allerlei Vorwänden verhandelt es der Herr Adermann, den interessierten Pferdebesitzern Beiträge von vielen tausend Mark abzunehmen. Als die Geschäftsbücher dann von der Filmgesellschaft ihr Geld zurückverlangten, erfuhr sie, daß sie Schwindlern in die Hände gefallen waren. — Vor Gericht brachte der Staatsanwalt gegen den schon vorher bestrafte Adermann 1½ Jahre und gegen Florian acht Monate Gefängnis. Für ersteren hat Rechtsanwalt Koblowski um eine mildere Bestrafung, da er i. B. in wirklicher Not gewesen sei, während für Florian Rechtsanwalt Dr. Koch geltend machte, daß dieser der Verführung erlegen und deshalb der bedingten Bewandlung zu empfehlen sei. Das Gericht erkannte gegen Adermann auf 1 Jahr und gegen Florian auf zwei Monate Gefängnis. Bei letzterem wurden die bedingte Bewandlung und Straferlass für zulässig erklärt, sobald er 1000 Mark an die Ferienkolonie in Weisenice gezahlt hat.

Die Lebensmittelkarten der Gräfin von Wartenleben

Die bekannte Lebensmittelkartenaffäre der Gräfin v. Wartenleben beschäftigte gestern die 6a-Strassammer des Landgerichts I als Verurteilten. Die Gräfin v. Wartenleben hatte wegen verchiedener Verdächtigungen gegen Nationalratsvorschriften einen Strafbefehl über 12.000 Mark erhalten. Der dagegen eingeleitete Einspruch hatte den nicht beabsichtigten Erfolg, daß die Bekuldigtin zu 66.000 Mark Geldstrafe vom Schöffengericht verurteilt wurde, indem dieses annahm, daß die Gräfin v. W. eine gemeine und schamlose Handlungsweise anzeigte und die Allgemeinheit erheblich geschädigt habe. Auf ihre durch Rechtsanwalt Dr. Albers eingeleitete Berufung hin kam die Strafkammer zu einer Umänderung des ersten Urteils, jedoch nur hinsichtlich des Strafmaßes. Die Anklage war, wie erinnerlich, behauptet, die Lebensmittelkarten für sich und ihren vier- bis fünfköpfigen Haushalt nicht abzugeben zu haben, als sie von Berlin bayernd nach ihrem Gut Manzenfelde zog. Hierin erklärte die Berufungsinstanz im Wesentlichen zum Schöffengericht lediglich ein formales Versehen. Ferner hatte die Anklage in Manzenfelde für den Schlachthausbesitzer Friedrich Müller einen Falsch-Brief für die Post eingeschoben. Die Strafkammer billigte ihr nach den bestehenden Vorschriften diese Erörterung bei weitem nicht an. Das Strafmaß ist auf insgesamt 11.200 Mark herabgesetzt worden.

Erhöhung der städtischen Bücher-Loihgebühren

Die Verteuerung der neuen und alten Bücher, und besonders die ständig in die Höhe gehenden Buchbinderkosten, die zur Zeit des Abwärtens der Lebenslöhne erreicht haben, zwingen die Stadtväter, die Benutzer der städtischen Bibliotheken mehr als bisher zu den Kosten des Buchens heranzuziehen. Inzwischen ist es aber auch die Kinderbibliothek bei freiem Eintritt geöffnet worden. Der Preis der Leihkarten für

die Stadtbüchereien Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Steglitz wird von 10 auf 20 M. erhöht; der Betrag kann auch in vierteljährlichen Raten gezahlt werden. Für den Besuch des Lesesaals der Berliner Stadt-Bibliothek werden jährlich 5 M., halbjährlich 3 M. (bisher insgesamt 2 M.) erhoben. Am schärfsten ist die Erhöhung für die Bücherlei, deren Preis für alle 20 Verwaltungsbezirke von 10 auf 50 Pf. für das Stück erhöht werden soll.

Verkehrsausbau bei der Straßenbahn

In den letzten Tagen haben Besprechungen über die Neugestaltung des Berliner Straßenbahnverkehrs gemeinsam mit Vertretern der verschiedenen Bezirksämter stattgefunden. Danach sollen in der nächsten Zeit neben den bereits bekannten Veränderungen noch folgende Verbesserungen durchgeführt werden:

Die Linie A wird vom Potsdamer Platz über das Brandenburger Tor, Dorotheenstraße geführt werden und mit der Linie 130 vereinigt. In Grunewald wird sie von der Schreierstraße bis zum Bismarckplatz verlängert werden und damit eine unmittelbare Verbindung über den Kurfürstendamm zum Bahnhof Friedrichstraße, Steintiner Bahnhof und Niederschönhausen herstellen. Die Linie 67 wird in Wilmersdorf statt über die Trautenstraße, Kaiserallee, Spichernstraße, über die Uhlandsstraße, Schaper-, Ranke-, Ausburger Straße geführt werden und so eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Mittel Wilmersdorf und dem neuen Stadtteil herstellen. Der Fahrplan der Linie O wird demnach geändert, daß er sich mit der Linie 69 im 7½-Minuten-Verkehr erweist. Die Linie 65 wird in Neukölln auch in den Abendstunden bis zum Venusplatz durchgeführt werden. Die Linie 77 wird nach Fortfall der Linie 73 statt in ½ Stunde Abstand wie bisher, in 20 Minuten Abstand verkehren. Die Linie 33 wird von Charlottenburg statt über den Büchsenplatz bis über den Rosendorferplatz geführt und in Weiskes bis über den Kirchplatz verlängert werden. Ebenso wird am Abend die Linie 10 vom Steintiner Bahnhof über Weiskes nach dem Schlesischen Bahnhof noch später verkehren. Der Abstand der Linien 68 und 108 wird in gegenseitiger Eröpfung auf 7½-Minuten-Verkehr gebracht werden, wobei dann die Linie 108 mit der Linie 65 (Friedrichsstraße—Johannisthal) verbunden wird und eine unmittelbare Verbindung vom Norden Berlins über den Alexanderplatz nach Oberschöneweide herstellen wird. Die Linie 68 hingegen wird über die Thierstraße—Eldenaer Straße (Weiskes) nach Pichlerberg geführt werden. Die Linie 69 (Konow—Weiskes) wird vom 20-Minuten-Jahrsabstand auf 15-Minuten-Abstand gebracht.

Alle diese, sowie die früher mitgeteilten Verkehrsverbesserungen können jedoch erst nach Eingang der polizeilichen Genehmigung in Kraft treten.

Spandau. Eine gut besuchte Elternversammlung der Hilfsschule nahm Stellung zu der Schulhausfrage. Auf Antrag der USPD-Fraktion nahm auch bereits die letzte Bezirksordenung eine Elternversammlung einen Beschluß an, daß die Hilfsschule bald in einem anderen Gebäude untergebracht werden soll. Das jetzt von der Hilfsschule benutzte Gebäude spottet jeder Beschreibung, so daß auch die Elternversammlung scharfen Protest gegen die Weiterbenutzung erhob. Ganz besonders wurde verlangt, daß für die kränklichen Hilfsschüler heile und gesunde Räume unbedingt zur Verfügung gestellt werden müssen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Elternschaft der Hilfsschule fordert dringend, daß endlich am 1. April d. J. das Bezirksamt das vor Jahren gegebene Versprechen einlöst und der Hilfsschule das jetzt frei werdende Gebäude der Übungsschule des Oberbezirks zur Verfügung stellt. — Die Elternschaft ist nicht gewillt, ihre Kinder in ein die Gesundheit schädigendes Gebäude zu schicken. Sie beauftragt den Elternrat und das Lehrkollegium, die notwendigen Schritte bei den zuständigen Behörden zu unternehmen.“ — An die sozialistische Elternschaft wird es allerdings liegen, ob diese Schritte Erfolge bringen; deshalb richten wir an dieser Stelle die dringende Bitte an die Elternschaft, unterstützt eure Genossen im Elternrat mehr als bisher!

Die städtischen Vorkursbildungsschulen für Jünglinge und Männer, Bartenburgstr. 6, Choriner Str. 74, Wrankestr. 85, Langestr. 31, Prenzlauer Allee 227/228, Grünthaler Str. 5 und Bremer Str. 10/12 geben den Angehörigen jeden Berufs und jeden Alters Gelegenheit, das allgemeine Wissen zu erweitern und das berufliche zu unterstützen. Die beiden ersten Schulen dienen vor allem der kaufmännischen, die übrigen der gewerblichen Ausbildung. In allen Schulen wird auch Unterricht in der französischen und englischen, an der Schule Choriner Str. 74 außerdem in der russischen und spanischen und an der Schule Wrankestr. 85 in der russischen und polnischen Sprache erteilt. An Unterricht in der russischen und spanischen Sprache können Damen und Herren teilnehmen. Der Unterricht liegt in den Abendstunden. Das Unterrichtsgeld beträgt für die Wochenstunde und das Halbjahr 10 M. für Nachmittagsstunden 20 M., also 30 M. im Halbjahr, bei 4 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Außerhalb Groß-Berlins Wohnende zahlen das Doppelte. — Der Unterricht beginnt am 3. April. Anmeldungen werden in den Amtszimmern der Schulen täglich vormittags von 11 bis 12 Uhr und während des Unterrichts in den Abendstunden angenommen. Das Schulgeld ist bei der Anmeldung zu entrichten.

Bewerkschaftliches

Kämpfe in Württemberg und Bayern

Die Metallarbeiter-Zeitung Nr. 11 berichtet über die Kämpfe in der süddeutschen Metallindustrie folgendes: Die Verbände bayrischer und württembergischer Metallindustrieller haben es bisher verstanden, die Löhne besonders niedrig zu halten. Jetzt unternehmen sie einen Vorstoß auf Verlängerung der Arbeitszeit. Offenbar ist, daß hinter diesem Unternehmen die Arbeitgeber Deutschlands stehen. In Süddeutschland soll Breishe geschlagen werden, um in den anderen Bezirken Deutschlands folgen zu können. Versteht sich das Bestreben, die bestehende 46-Stundenwoche auf 48 zu verlängern.

In den stattgefundenen Verhandlungen machen die Arbeitgeber Zugeständnisse in der Lohn- und Ferienfrage, aber kein unter der Einwirkung, wenn die Arbeiter die Verlängerung der Arbeitszeit zustimmt. Eine Verständigung der Spitzenverbände war nicht zu erreichen. Der Schlichtungsausschuß sollte am 24. Februar für Württemberg einen Schlichtungsbericht nach der Lohnregelung die 48-stündige Arbeit weit verlangt. In der Urabstimmung wurde der Schlichtungsbericht mit einer Mehrheit von über 80 Prozent von der Arbeiterseite abgelehnt.

Ein Versuch des württembergischen Arbeitsministeriums, eine Verständigung herbeizuführen durch einen Vergleichsvorschlag, scheiterte an der Haltung der Unternehmer. Sie lehnten den Vergleichsvorschlag ab und verlangten die sofortige Verbindlichkeitsklärung des von den Arbeitnehmern abgelehnten Schlichtungsberichtes. Somit waren alle weiteren Verhandlungen ausgeschlossen.

In Bayern waren die Verhältnisse gleichgeartet. In München gingen die Metallarbeiter sofort zum Kampf über. Am 9. März fand dann eine entscheidende Sitzung des Verbändesvorstandes mit den Parteileitungen von Bayern und Württemberg statt. Einmütig kam die Resolution zu dem Beschluß, daß der Kampf unvermeidlich sei, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Der Kampf wird in den Verbänden der Metallindustriellen aufgenommen. Es kündigte sich an, daß nach deren Ablauf in den Streik zu treten.

Der Kampf in Bayern u. Württemberg wird ein schwerer wirtschaftlicher Kampf werden. Es gilt, die bestehenden Lohnverhältnisse zu bessern und den Anfängen in der Arbeitszeitverlängerung zu wehren.

Ausdehnung der Angestelltenversicherung bis 100.000 Mark

Der Zentralverband der Angestellten hat an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, die Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 100.000 M. zu erhöhen. Ob der Reichstag soweit gehen wird, ist natürlich noch unbestimmt, wahrscheinlich ist es aber, daß die jetzige Gehaltsgrenze von 80.000 M. erhöht werden wird.

Neu Versicherungspflichtigen dürfte, wie früher, die Möglichkeit geboten werden, sich durch eine Erblebensversicherung von der Zahlung des eigenen Beitrages zu befreien, wenn sie sofort einen diesbezüglichen Antrag stellen. Für gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Angestellte kommt natürlich nur eine Versicherung bei ihrem eigenen Unternehmen, nämlich der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge, in Frage. Sie bietet mehr Vorteile als irgendeine andere Versicherungsgesellschaft.

Wer sich jetzt noch nicht entschließen kann, einen Versicherungsantrag in Höhe einer bestimmten Summe zu stellen, der stelle wenigstens einen provisorischen Antrag, in welchem die Positionen „Summe“ und „Prämie“ nach dem Ertrag des Gehaltes auszufüllen und vorläufig nur mit dem Bemerkert versehen werden: „In der feinerzeit vom Gesetz erforderten Höhe.“

Auskunft erteilt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge, Berlin SO 16, Engelauer 18, oder der Vorstand in Hamburg 5, Kapellenstr. 5.

Der Streik der Berliner Glashäcker beendet. Nach achtwöchigem Kampfe ist der Streik der Berliner Glashäcker mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Unternehmer weigerten sich, die von der Arbeiterseite geforderte 25 Proz. Lohnerhöhung zu bewilligen und machten nur ganz geringe Zugeständnisse. Außerdem verlangten sie, daß an die Stelle der bisherigen Stundenlöhne Akkordlöhne eingeführt werden sollen. Als eine Verständigung nicht zustande kam und die Unternehmer die Lohnzustände ablehnten, übten die Arbeiter rasche Reaktionen und wurden dann ausgesperrt. Nach achtwöchigem Kampfe ist nun der Streik beendet.

Angestellte des Elektrohändlerhandels (Beleuchtungs- und Installationsbranche). Die Verhandlungen über die Gehaltssätze für die Monate Januar bis März sind nunmehr zu Ende geführt. Die Bekanntgabe dieser Sätze erfolgt in der zu Dienstag, den 28. März, abends 7½ Uhr, im Ortsbureau, Belle Allancestr. 7-10, einberufenen Versammlung.

Zentralverband der Angestellten.

Tarifverhandlungen für die Angestellten im Einzelhandel. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß begannen am Mittwoch, den 22. März, abends 7 Uhr, und waren heute morgen um 8 Uhr beendet. Das Resultat der Verhandlungen, das in einem Schiedspruch niedergelegt ist, wird den Funktionären der Fachgruppe Einzelhandel im Zentralverband der Angestellten in einer heute abend 7½ Uhr in den Sophienböden, Sophienstraße 17-18, stattfindenden Funktionärerversammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht, jeder Betrieb muß vertreten sein.

Zentralverband der Hotel-Angestellten. Freitag, den 24. März, nachts 1 Uhr, drei große öffentliche Versammlungen in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, Residenz-Sälen, Landsberger Str. 31, Lutherhöfen, Lutherstraße 30. Referenten: Goeres, Wiesbaden, Claus, Essen, und Evers, Hannover.

Verband der Fabrikarbeiter! Die am 14. März 1922 verlegte Funktionärerversammlung der technischen Gummiarbeiter Groß-Berlins findet am Donnerstag, den 23. März 1922, nachmittags pünktlich 5½ Uhr, im Lokal von Jenzlars, Reichstraße 15, statt. Funktionärerausweis und Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Die Branchenleitung.

Stand der Wiederaufbaustage in Nord-Frankreich. Der Geschäftsführer des Fuhr, Architekt Heinrich Kaufmann, berichtet am Freitag, den 24. März, abends 7½ Uhr, in einer Versammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten im Oberlichtsaal der Philharmonie, Fernburger Str., über den Stand der Wiederaufbaustage in Nord-Frankreich.

Tarifrück bei der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei betreibt in der Schadowstr. 6 einen Club für die Abgeordneten und Mitglieder der Partei. Entsprechend dem Verhalten der Partei sind natürlich auch die Arbeitsverhältnisse der in diesem Unternehmen der Partei beschäftigten Angestellten. Ueber die bestehenden Tarifverträge und des Gehalt über den Abschlußtag setzt man sich einfach hinweg. Die Angestellten arbeiten 16 bis 18 Stunden, in besonderen Fällen gar 20 Stunden pro Tag. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Einer Reinemachefrau bietet man sogar den fürstlichen Lohn von 2.— M. pro Stunde. Diese Verhältnisse sehen der Deutschen Volkspartei ganz ähnlich.

Parteiveranstaltungen

2. Distrikt. Die Verbandssitzung findet erst morgen, Freitag, nicht heute abend statt.

Freitag, den 24. März

Neukölln, Brd. Die Bezirksleiter werden von 8-7 Uhr wöchentlich in der Stadthalle im Büro im Büro.

15. Distrikt. Frauenabend, abends 7 Uhr im Bezirksamt, Karlstr. 40, Zimmer 11.

15. Bezirksabteilung. Sitzung 7½ Uhr Kinderhaus und Frauenarbeit kommission in Niederschöneweide, Schule, Zimmer 11. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Wilmersdorf. Frauenabendsitzung im Neulohnpark 1888, Treppenabst. 1. Treppen abends 7 Uhr. Gäste haben Zutritt. Thema: Schul- und Erziehungssachen.

Sonntag, den 25. März.

Die Genossen von Groß-Berlin treffen sich am Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr im Hotel „Zur Sonne“ in der Friedrichsstraße, um den Friedhof am Bahndamm zu besichtigen.

Wochenabender

Freitag, den 24. März.

Deutsche Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Berlin), abends 7½ Uhr Vortrag im Bürgerklub des Nationalen Herrn Pastor Franke über das Thema: „Die Einschränkung der Staats-Souveränität durch den Völkervertrag“.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Gericke. Verlag für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf: Adolph Kämmerling, Berlin. — Verlagsmittelschicht „Freiheit“ e. G. v. B. Berlin. — Druck von Max Koller, Berlin SW 68, Alexanderstr. 110.

Demächst erscheint Das Reichsmietengesetz

Systematische Darstellung

nebst Kommentar

von

Dr. Karl Doehnel

und

Dr. Paul Herz

Preis ca. 8.— Mark

;; Vorausbestellungen schon jetzt erhalten ;;

Buchhandlung „Freiheit“

Berlin C 2 Erste Straße 8-9